

Erklärung des Volkshochschulverbandes Baden-Württemberg anlässlich seiner Jahresversammlung 2018 in Freiburg: Freiburger Erklärung zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Demokraten und Europäer fallen nicht vom Himmel

Die Legitimation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist in Zweifel geraten. Brauchen wir ihn überhaupt? Und wenn ja, reicht es dann nicht, wenn er eine Mindestversorgung garantiert? Wozu ein ganzes Angebot? Wozu also eine öffentlich-rechtlich verfasste Grundversorgung mit Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung? Bekommt man ein vielfältiges, umfassendes und ausgewogenes mediales Angebot nicht auch werbefinanziert und finanziert durch diejenigen, die nur genau das bezahlen, was sie konkret auch nachfragen?

Nein, bekommt man nicht! Denn: Wes Brot ich ess, . . . Deshalb singen nur die beitragsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Medien das Lied der Allgemeinheit. Die Interessen der Allgemeinheit zu repräsentieren, ist noch nicht einmal der Anspruch, geschweige denn die Wirklichkeit privater Medien. Sie halten sich ja gerade selbst zugute, sich auf spezifische Interessen zu spezialisieren und sich auf diese hin zu optimieren. Ihr „Auftrag“ ist der Erfolg durch faktische Nachfrage der Werbeindustrie und durch „Quote“, also durch faktische Nachfrage der Konsumenten.

Demgegenüber ist der Auftrag der öffentlich-rechtlichen Medien gemeinwohlorientiert. Sie müssen mit ihrem Programmangebot nicht primär auf faktische subjektive Nachfrage, sondern auf objektive Bedarfe des Gemeinwesens antworten. In diesem Sinne dienen die öffentlich-rechtlichen Medien und ihre Qualitätsansprüche der sozialen, pluralistischen, rechtsstaatlichen Demokratie. Denn Demokraten, wie etwa auch europäisch denkende Bürgerinnen und Bürger, fallen eben nicht vom Himmel. Politische, ja intellektuelle Orientierungen allgemein müssen unterstützt, entwickelt, geschärft, mit Informationen versorgt und gegebenenfalls auch hervorgehoben werden. Dabei gehört es zur Konzeption der öffentlich-rechtlichen Medien, dass darüber, ob die einzelnen Angebote ihrem Auftrag auch gerecht werden, pluralistisch besetzte Aufsichtsgremien ebenso diskutieren wie die Öffentlichkeit.

Die andere Institution, deren Auftrag es ist, die Allgemeinheit mit Information, Bildung und Kultur „grundzuversorgen“, ist die Volkshochschule. Auch sie bietet in parteipolitischer und weltanschaulicher Neutralität Bildung, Beratung und Begegnung für alle Bevölkerungsgruppen, Milieus und Altersstufen. Auch sie ist einem öffentlichen Auftrag verpflichtet, nicht primär der faktischen Nachfrage. Auch sie orientiert sich an objektiven gesellschaftlichen Bedarfen, ohne die individuellen Bedürfnisse zu vernachlässigen. Auch die Volkshochschulen sichern wie die öffentlich-rechtlichen Medien gesellschaftliche Diversität.

Die Digitalisierung der Gesellschaft macht das Ergänzungsverhältnis von öffentlich-rechtlichen Medien und Volkshochschulen besonders deutlich. Sehr konkret etwa in dem gemeinsamen Bedarf an gut aufbereiteten online-Inhalten. Volkshochschulen brauchen für ihre neuen online-Angebote - insbesondere in der politischen Bildung - offene Bildungsressourcen von hoher Qualität. Diese stehen ihnen in den Archiven und Mediatheken der öffentlich-rechtlichen Medien bislang nur eingeschränkt zur Verfügung. Um den wertvollen digitalen Content für die

Weiterbildung nutzbar zu machen, muss vor allem der online-Auftrag der öffentlich-rechtlichen Medien von Einschränkungen, wie beispielweise der Nachweispflicht für den konkreten Sendungsbezug, befreit werden. Vor allem aber muss der Archivierungsauftrag erweitert werden, damit die digitalen Inhalte der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten langfristig und verlässlich im Internet verfügbar bleiben und so in die online-Bildungsangebote der Volkshochschulen integriert werden können.

In jedem Fall informieren die Volkshochschulen wie die öffentlich-rechtlichen Medien die Menschen ihrem Auftrag gemäß über vielfältige Inhalte und konfrontieren sie mit drängenden politischen und sozialen Fragen sowie gesellschaftlichen Konflikten und Herausforderungen. Damit schaffen sie die Grundlagen für selbstbestimmte freie Meinungsbildung und Meinungsäußerung: Sie schaffen die Grundlage für Meinungsfreiheit. Und wie die Meinungsfreiheit selbst sind die öffentlich-rechtlichen Medien und die Volkshochschulen deshalb für die Demokratie unentbehrlich.